Freidenker in antiautoritärer Pose

22.04.2020 Marianna Schauzu & Andreas Wehr

Zur Stellungnahme des Deutschen Freidenker-Verbandes zur „sogenannten Corona-Krise“ vom 16. April 2020[1]

von Marianna Schauzu und Andreas Wehr am 22. April 2020[2]

Schon der Titel der Stellungnahme gibt Rätsel auf. Weshalb „*sogenannte* Corona-Krise“? Gibt es sie etwa nicht? Eine Erklärung könnte der Satz liefern: „Freidenker widersprechen der herrschenden Ideologie, dass es sich beim neuen Corona-Virus um eine Naturkatastrophe handelt, wie dies von Merkel bis Kipping behauptet wird.“ Ja, was soll die Pandemie denn sonst sein? Stammt das Virus, etwa - wie einige westliche Medien behaupten - aus einem chinesischen Labor?

Rätsel gibt auch der Satz auf: „Beim Grad der Gefährlichkeit handelt es sich wesentlich um eine gesellschaftspolitische, keine naturwissenschaftliche Kategorie.“ Ist das Virus in einem Land wie Deutschland etwa weniger gefährlich als in einem afrikanischen Land? Natürlich nicht. Das neuartige Corona-Virus (SARS-CoV-2) ist hier wie dort gleichermaßen gefährlich. Beide Länder unterscheiden sich allerdings in den Chancen, die ein Infizierter hat, von der von dem Virus ausgelösten Krankheit COVID-19 geheilt zu werden. Naturwissenschaftliche Fakten und gesellschaftspolitisches Handeln werden hier vermischt.

Mit den verwirrenden Formulierungen soll ganz offensichtlich gesagt werden, dass das Virus nur dann gefährlich ist, wenn man ihm nicht mittels eines bestmöglich ausgestatteten Gesundheitssystems begegnen kann. Deshalb also „*sogenannte* Corona-Krise“? Das ist eine gefährliche Irreführung. Die Pandemie tötet auch in Ländern mit einem relativ gut entwickelten Gesundheitssystem wie in Deutschland. Bis zum 21. April 2020 starben hier bereits 4.598 Menschen an bzw. mit COVID-19. Und es werden sehr wahrscheinlich noch viele Tote hinzukommen, obwohl - zumindest gegenwärtig - noch ausreichend Intensivbetten sowie Beatmungsgeräte zur Verfügung stehen. Die Gefahr ist und bleibt real, da es sich bei SARS-CoV-2 um ein neuartiges, hoch ansteckendes und tückisches Virus handelt, mit dem Potenzial millionenfach zu töten.

„Statistik-Hokuspokus“, „Verunsicherung“ und „Spekulationen“

Dass für die Freidenker die objektive Corona-Krise, die mittlerweile 200 Länder auf der Welt erfasst hat, zumindest für Deutschland ganz offensichtlich nur ein gesellschaftspolitisch erzeugter Spuk ist, zeigt sich in dem abschätzigen Urteil über die Datenerhebung zur Ausbreitung der Pandemie. Unter der Überschrift „Freie und rationale Diskussion - keine Panik“ heißt es: „Wir kritisieren die unzureichende und widersprüchliche Informationslage: ohne flächendeckende Tests gibt es keine belastbare Ausbreitungszahl, die ungenaue Unterscheidung zwischen Infizierten und Erkrankten bei Verzicht auf repräsentative Tests macht Prognosen zumindest unsicher, unterschiedliche Zählweisen und mangels Obduktionen fehlende exakte Angabe von Todesursachen führen zu einem Statistik-

Hokuspokus, der manipulativ ist und Verunsicherung und Spekulationen nährt. Wo ihnen Daten und gesicherte Zusammenhänge fehlen, müssen sie auf Vermutungen zurückgreifen.“ So reden auch jene, die die Gefahr bestreiten, und für die es sich bei COVID-19 um eine bloße Grippewelle handelt.

Niemand dürfte aber wohl Forderungen nach exakteren Angaben von Todesursachen und Infektionszahlen widersprechen. Dies kann aber nicht heißen, dass der Staat erst dann handeln darf, wenn alles bis zum Letzten in allen Einzelheiten bekannt und aufgeklärt ist. „Man fragt sich eigentlich, warum die Feuerwehr noch ausrückt in Deutschland, so ganz ohne Datenbasis. Weiß man denn genau, ob das Gebäude überhaupt brennbar ist? Ob da Menschen drin sind, vielleicht sogar unter 80 Jahren? Ob der Rauch wirklich so giftig ist? Halten nicht die Menschen schon seit Jahrhunderten ein Lagerfeuer ganz gut aus? Dies ist leider die Art von Überlegungen, die im Moment auf den alternativen Nachrichtenportalen kursieren.“ So formulierte es treffend Alexander Unzicker auf *Telepolis*.[3]

Die unmittelbare Bedrohung, die von einer plötzlich ausbrechenden gefährlichen Infektionskrankheit für die Volksgesundheit ausgeht, erfordert nun einmal schnelles und entschiedenes Handeln. Fehler bleiben da nicht aus. Das ist in Deutschland nicht anders als in allen anderen betroffenen Ländern. China musste etwa erst kürzlich die Zahl der gemeldeten Todesfälle in Wuhan deutlich erhöhen. In der Hektik der ersten Tage der Seuchenbekämpfung waren viele zuhause Gestorbene nicht mitgezählt worden.

Keine Aussage über das, was helfen kann!

„Wir nehmen die Ängste und Befürchtungen von Menschen um die eigene Gesundheit und die ihrer Angehörigen und Freunde ernst und bekräftigen ihren Anspruch auf Schutz und maximale Gesundheitsvorsorge“, heißt es in der Stellungnahme. Diesem selbstgesetzten Anspruch werden die Freidenker aber nicht gerecht. Im Kapitel „Was hilft?“ wird nicht eine einzige Maßnahme benannt, die geeignet wäre, der Infektion Einhalt zu gebieten. Nicht einmal das Tragen eines Mundschutzes wird verlangt. Auch eine deutliche Ausweitung der Tests wird nicht gefordert.

Über die verordneten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen soll lediglich diskutiert werden: „Diskutiert werden kann und muss die Sinnhaftigkeit von Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen (…).“ Doch diese Diskussion wollen die Freidenker selbst nicht führen, wenn es im Satz übergangslos weiter heißt: „(…) denn drohende Armut und die Unsicherheit, ob der Arbeitsplatz erhalten oder die Miete bezahlt werden kann, die Angst um die wirtschaftliche Existenz – das sind alles keine gesundheitsförderlichen, sondern erwiesenermaßen krankmachende Faktoren. Sie können auch Depressionen und die Suizidgefahr fördern, gerade auch bei den als besonders virusgefährdet geltenden Älteren. Soziale Isolation ist gerade im Alter ein ernstzunehmender Risikofaktor, sie fördert nicht das Immunsystem und den Überlebenswillen, sondern schwächt die Resilienz und führt zu kürzerer Lebenserwartung. Auf keinen Fall jedoch dürfen solche Maßnahmen zur schärferen Ausbeutung der Lohnabhängigen, zur Existenzbedrohung für Erwerbslose und Hartz IV-Empfänger, Alleinerziehende, Rentner und Behinderte, für Selbstständige, Künstler und Kleingewerbetreibende, zur Umverteilung von unten nach oben genutzt werden, was bereits jetzt im Gange ist."

Anstelle einer eindeutigen Stellungnahme, ob man Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen nun für richtig oder falsch hält, werden alle möglichen negativen Begleiterscheinungen aufgezählt. Über die Maßnahme selbst, die ja darauf abzielt, die Zahl der Infektionen zu begrenzen, findet sich kein Wort!

Auch hier wieder: Die Formulierungen sind identisch, mit den Positionen derer, die die Gefahr bestreiten und deshalb die staatlich angeordneten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen für unzulässige Eingriffe in ihre persönlichen Freiheitsrechte ansehen.

Die Stellungnahme der Freidenker verschweigt zudem, dass Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen weltweit das gegenwärtig wirksamste Mittel zur Eindämmung der Pandemie sind, da ein Impfstoff nicht zur Verfügung steht. Und das Land, das bisher die drastischste Ausgangsbeschränkung für seine Bürger verhängte, ist ausgerechnet das in der Stellungnahme ansonsten so ausgiebig gelobte China. Allein in der chinesischen Stadt Wuhan konnten die Bewohner 70 Tage ihre Wohnungen nicht verlassen! Und auch jetzt verhängen die Behörden dort, wo das Virus wieder auftaucht, drakonische Ausgangsverbote. Nicht viel anders ist es in Russland. In Moskau darf man etwa einen Hund nur bis zu einer Entfernung von bis zu 100 Meter von der Wohnung ausführen. Auch in Frankreich, Italien und Spanien wurden rigide Ausgangsbeschränkungen verhängt. Im Vergleich dazu sind die deutschen Kontaktbeschränkungen geradezu idyllisch.

Straßenproteste werden unterstützt

Zu den in Deutschland erlassenen Kontaktbeschränkungen gehört auch das Verbot von Demonstrationen, denn dabei kommt es notwendigerweise zu unzähligen engen Kontakten zwischen Menschen, und diese begünstigen nun einmal Ansteckungen extrem. Diese Gefahr besteht ebenso auf den Zuschauerrängen bei Sportveranstaltungen, Konzerten und Theateraufführungen. Und deshalb dürfen gegenwärtig auch Messen und sogar Gottesdienste nicht stattfinden. Es sind Einschränkungen, die das Bundesinfektionsschutzgesetz im vorliegenden Fall einer Pandemie ausdrücklich vorsieht und die vom Grundgesetz gedeckt sind.

Die Freidenker lehnen sie hingegen ab und fordern zu Protesten dagegen auf: „Freidenker unterstützen Initiativen, Proteste wieder auf die Straße zu tragen – seien es die Forderungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen, seien es Proteste gegen Kriege und Forderungen zur Umlenkung der Rüstungsmilliarden in die Daseinsvorsorge, seien es Proteste gegen den Ausbau des Überwachungsstaates und die Aushebelung des Demonstrationsrechts.“ Wer aber in der gegenwärtigen Situation „Proteste auf der Straße“, unterstützt, der gefährdet die Gesundheit und das Leben unzähliger Menschen!

In antiautoritärer Pose

Was die Benennung konkreter Versäumnisse von Bund und Ländern in der Corona-Krise angeht, so verbleibt die Stellungnahme der Freidenker bemerkenswert blass und allgemein. Zwar heißt es: „Bis heute ist es der Bundesregierung nicht gelungen, das medizinische Personal in Kliniken, Arztpraxen, Altenheimen und Pflegediensten mit sämtlichem notwendigem Material zu versorgen.“ Und: „Deutschlands Regierende haben das Gesundheitssystem in den letzten Jahren systematisch geschwächt. Kliniken wurden privatisiert, zu Profitcentern umgebaut oder geschlossen. Das gesamte Gesundheitswesen der „westlichen Welt“ wurde in den letzten Jahrzehnten nach dem Maßstab der Gewinnmaximierung ausgerichtet und organisiert, Gesundheit wurde immer mehr zur Ware.“

Doch zu den konkreten Versäumnissen in der Corona-Krise erfährt man nichts. Weder werden die fehlenden Testmöglichkeiten verurteilt, noch wird das Fehlen eines bundeseinheitlichen Gebots zum Tragen von Mundschutzmasken angeprangert. Keine Kritik auch daran, dass die Bundesregierung, in Abstimmung mit der Europäischen Kommission, selbst nach der Abriegelung der chinesischen Stadt Wuhan am 23. Januar 2020 die Einreise aus China und dann aus weiteren Hot-Spots der

Pandemie wie Süd-Korea und Iran, bis Mitte März zuließ. So vergingen gut zwei Monate, in denen sich das Virus in Deutschland und in den Ländern der EU ungehindert ausbreiten konnte.

Die Freidenker entsprechen mit ihrer Stellungnahme einer antiautoritären Pose, wie sie sich gegenwärtig vor allem in den sogenannten alternativen Medien wie *KenFM, Rubikon, Rationalgalerie* und anderen findet. Dort herrscht gegenwärtig „High Noon für Irrationalität“.[4] Ganz offensichtlich will man ganz den Erwartungen der Konsumenten solcher Medien entsprechen. Damit tun sich aber die Deutschen Freidenker, die doch an sich selbst den Anspruch stellen, für eine wissenschaftliche Weltsicht einzutreten, keinen Gefallen.

[1] Freidenker-Brief EXTRA April 2020: Die sogenannte Corona-Krise, https://www.freidenker.org/?p=7928
Die Kritik bezieht sich ausdrücklich auf die Stellungnahme des Bundesverbandes der Freidenker. Uns ist bewusst, dass es zur Einschätzung der Corona-Pandemie auch andere Positionen im Deutschen Freidenker-Verband gibt.

[2] Marianna Schauzu und Andreas Wehr sind Mitglieder des Deutschen Freidenker Verbandes. Andreas Wehr ist auch Mitglied des Beirats des Verbandes.

[3] Alexander Unzicker, Corona-Virus: Das Versagen der alternativen Medien, in: Telepolis, 02.04.2020
https://www.heise.de/tp/features/Coronavirus-Das-Versagen-der-alternativen-Medien-4695112.html

[4] Vgl. Andreas Wehr, High Noon für Irrationalität, 09.04.2020, in:
https://www.andreas-wehr.eu/high-noon-fuer-irrationalitaet.html